

# Informationen wegen der Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) –

Das IQTIG erhebt Daten von Ihnen im Zusammenhang mit der Ausschreibung Erneuerung der Auswertungs- und Recheninfrastruktur auf Basis von HPE Alletra dHCI.

“. Mit diesen Datenschutzhinweisen möchte das IQTIG Sie nachstehend gemäß Art. 13, 14 DSGVO über die Erhebung Ihrer Daten informieren.

## 1. Name und Kontaktdaten des für die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen (Vergabestelle):

<b>Vergabestelle</b>	IQTIG – Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen
<b>Kontaktdaten</b>	Katharina-Heinroth-Ufer 1 10787 Berlin

## 2. Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:

<b>Datenschutz-beauftragte/r</b>	Jasmin Hommel
<b>Kontaktdaten</b>	IQTIG Katharina-Heinroth-Ufer 1 10787 Berlin

## 3. Zweck und Rechtsgrundlage für die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

### 3.a. Zweck

Durchführung eines Vergabeverfahrens Erneuerung der Auswertungs- und Recheninfrastruktur auf Basis von HPE Alletra dHCI

### 3.b. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 6 Abs. 3 DSGVO und §§ 97 Abs. 1 S. 1, 122 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

## 4. Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten

Die Vergabestelle ist nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz (MiLoG), § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 EUR ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung (GWO) anzufordern.

## 5. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen gem. § 8 Abs. 4 der Vergabeverordnung (VgV).

## 6. Rechte der betroffenen Personen

### *Recht auf Auskunft*

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO).

### *Recht auf Berichtigung*

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden (Art. 16 DSGVO).

### *Recht auf Löschung*

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (s. a. Dauer der Speicherung – Art. 17 DSGVO).

### *Recht auf Einschränkung der Verarbeitung*

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/Bieters zu verlangen (Art. 18 DSGVO).

### *Recht auf Widerspruch*

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht (Art. 21 DSGVO).

## 7. Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde

Sofern die Auskunft gebende Behörde ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist, sind etwaige Beschwerden zu richten an:

<b>Datenschutzaufsichtsbehörde</b>	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)
<b>Kontakt Daten</b>	Graurheindorfer Str. 153 53117 Bonn